



heren ermüdet und die Köpfe zu einer Solidität zusammenzucht. Das ist schon durch die Verfallter Methoden verbunden worden, von denen sich die Entente, wie es scheint, noch durchaus nicht freimachen kann.

## Blutige Krawalle in Berlin.

### Sturm auf das Rathaus.

Dienstag nachmittags fand vor dem Berliner Rathaus eine Demonstration der südlichen Arbeiterfront statt, die den Zweck hatte, die Erfüllung der Tarifforderungen der südlichen Arbeiter durch die Stadtverordnetenversammlung zu erzwingen. Eine riesige Menge von Demonstranten füllte den Platz vor dem Rathaus, die Königliche und die Spanbau- und Königl. Straße derart an, daß jeglicher Verkehr unterbrochen war. Es bemängelte sich der Menge eine derartige Erregung, daß es zu Unzufriedenheiten gegenüber der zur Wiederherstellung geordneten Verkehrs herangezogenen Schutzpolizeikommandos kam. Gegen 7 1/2 Uhr abends wurde die Haltung der Demonstranten in Ordnung, daß der dienstliche Polizeikommissar die Räumung der Straßen und des Platzes mit angeordnetem Seitengewehr befehli. Es entstand ein wilder Tumult und mehrere Personen wurden verletzt, wobei Verletzungen entstanden. Der nach dem Verfall der Demonstranten füllte den Platz vor dem Rathaus, die Königliche und die Spanbau- und Königl. Straße derart an, daß jeglicher Verkehr unterbrochen war. Es bemängelte sich der Menge eine derartige Erregung, daß es zu Unzufriedenheiten gegenüber der zur Wiederherstellung geordneten Verkehrs herangezogenen Schutzpolizeikommandos kam. Gegen 7 1/2 Uhr abends wurde die Haltung der Demonstranten in Ordnung, daß der dienstliche Polizeikommissar die Räumung der Straßen und des Platzes mit angeordnetem Seitengewehr befehli. Es entstand ein wilder Tumult und mehrere Personen wurden verletzt, wobei Verletzungen entstanden.

Es schien so, als ob die Menge sich beruhigen würde, als plötzlich das Gerücht auftauchte, daß der Arbeitermarsch verfaßt seien. Daraufhin verlangte die Menge vom Polizeipräsidenten Richter, daß die angesprochenen Polizeipräsidenten Richter gegen sich selbst nach dem Rathaus und verhandelte dort mit den Führern der Demonstration. Dem Verlangen auf völlige Zurückziehung der Schupo konnte vom Magistrat nicht stattgegeben werden.

### In berechtigter Abwehr.

Berlin, 3. Mai. Ueber die gefügigen Vorgänge am Rathaus wurde seitens des Polizeipräsidenten eine Unternehmung eingeleitet. Davüber wird amtlich gemeldet: Nach den bisherigen Ergebnissen kann schon jetzt festgestellt werden, daß der Anlaß zum Waffengebrauch durch Angriffe aus der Menge auf einzelne Polizeibeamte gegeben wurde. Beamte sind sämtlich angefallen, wobei auch Verletzungen sofort festzustellen waren. Außerdem erfolgte infolgedessen die Vernehmung der Anführer der gefährlichsten Schupo-Brigade und nachfolgend in besonderer Weise. Hierfür bieten die entstandenen Verletzungen den besten Beweis. Gegenüber den Behauptungen von zwei Toten und 25 Schwerverwunden ist festzustellen, daß von den getöteten auf den Rettungswagen behandelt zu sein. Die Verletzten lediglich zwei Demonstranten in Krankenhaus gebracht werden mußten. Einer davon ist bereits nach seiner Wohnung entlassen. Nach einer Umfrage bei allen Krankenhäusern und Rettungswagen ist nirgendwo eine Dampfwunde vorgekommen. Tote sind überhaupt nicht zu beklagen. Der Polizeipräsident, der auf teilweise Aufklärung der Vorgänge größtes Wert legt, hat heute nachmittags bereits eine Abordnung der Gewerkschaften empfangen.

### Eine Banneile ums Rathaus.

Anlässlich der Tumulte vor dem Rathaus wird in Kreisen der Stadtverordneten angeregt, daß für das Rathaus eine sogenannte Banneile geschaffen wird, so daß jede Demonstration in der unmittelbaren Nähe des königlichen Gebäudes verboten ist. Die Veruche einiger Kommunisten, das Eindringen der Polizei mit einem kurzen

Proteststreik zu beantworten, sind auf entschiedenen Widerstand gestoßen.

## Die Zwangsanleihe.

Die Vorarbeiten für die Zwangsanleihe, voranschätzlich in Höhe von 60 Milliarden Mark unter Freilassung der Vermögen bis zu 100 000 Mark und der Einkommen bis zu 40 000 Mark, sind fast beendigt, daß eine Vorlage an den Reichsrat demnächst zu erwarten ist. Der Plan einer freiwilligen Anleihe besteht daneben weiter, es wird vorgeschlagen, sie in Form von 50 Jahren auszugeben zu 6 Prozent mit einer Kautionszeit von 3 Jahren auszugeben, eine Form die auch ausländische Zeichner anziehen könnte.

## Das Ergebnis der Würzburger Konferenz.

### Zwei Prozent Umwälzung?

Wie verlautet, bedeuten die in Würzburg aufgestellten allgemeinen Richtlinien, die den geologischen Faktoren des Reiches und der Länder vorgelegt werden sollen, ein weitestgehendes Entgegenkommen des Reiches gegenüber Ländern und Gemeinden, besonders hinsichtlich einer anderen Verteilung der Reichseinkommensteuer. Ferner sollen die Vorhülle, die das Reich seit Anfang 1921 Ländern und Gemeinden für die Beamtengehältererhöhungen gezahlt hat, in feste Beträge des Reiches umgewandelt werden, so daß Länder und Gemeinden künftig mit festen Zuschlägen rechnen können. So angenehm Ländern und Gemeinden eine andere Verteilung der Reichseinkommensteuer sein wird, so notwendig ist zunächst einmal die Befreiung der Einkommensteuer der Beamten über die Beträge, die ihnen auf Grund der seit 1. April 1920 geltenden Gesetzgebung zusteht, um eine geordnete Haushaltsaufstellung zu ermöglichen. Ebenso notwendig ist eine Befreiung der Veranlagung der Reichseinkommensteuer und der Verteilung des Aufkommens. Zur Deduktion des Gehaltbetrages des Reichshaushalts soll bezüglich der Erhöhung der oben erst von 1 1/2 auf 2 Prozent erhöhter Umwälzung geplant sein. Ob der Reichstag sich dazu bereit finden wird, wird abzuwarten sein.

## Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Beamtengehälter wurden Dienstag abend beendet. Eine völlige Ueberwindung wurde nicht erzielt. Im Laufe der Verhandlungen äußerten sich die Parteien einander, soweit, daß zwischen dem Angebot der Regierung und den Forderungen der Organisationen in wesentlichen Punkten noch ein großer Unterschied besteht. Die Beamten aller Berufsgruppen voranden war. Das letzte Angebot ging dahin, den allgemeinen Teuerungszuschlag von 20 auf 65 Prozent und den bestehenden Sonder-teuerungszuschlag von 2000 auf 5500 Mark zu erhöhen, während die Organisationen den letzten Betrag auf 6500 Mark erhöhen wollten. Die Zusatzbedingung der Regierung hätten einen jährlichen Mehraufwand von 46 Milliarden Mark betragen.

Die Regierung glaubte damit den gegenwärtigen Teuerungszuschlägen in erforderlicher Umfange Rechnung getragen zu haben und bei der kämperigen Finanzlage nicht weitergehen zu können. Die Regierung, die die Notlage der Beamten in vollem Maße anerkennt hat, wird bei größter Begehrung die Entscheidung über die zukünftigen festzulegenden Faktoren vorbehalten. Das Reichsamt besetzte sich schon am gestrigen Mittwoch mit der Angelegenheit.

## Zur Sicherstellung der Volksernährung.

Reichs Telegraphenbüro meldet: Zur Zeit finden im Reichsernährungsministerium über die Sicherstellung der Volksernährung namentlich mit Brotgetreide Verhandlungen statt. Man will versuchen, durch den Abschluß direkter Verträge zwischen Produzenten und Verbrauchern eine Preislenkung herbeizuführen. Sollten diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen, so steht die preussische Staatsregierung, wie der „Vorwärts“ erzählt, auf dem Stand-

punkte, daß eine Umlage in irgendeiner Form eingeführt werde. Das preussische Staatsministerium hat sich grundsätzlich für die Beibehaltung der Umlage ausgesprochen.

## Deutschlands Kartoffelversorgung.

Der deutsch-demokratische Reichstagsabgeordnete Bahrtz tritt in einem Rundschreiben Gemeinden und Großbetriebe, ihm bis Ende April mitzuteilen, wieviel Zentner Kartoffeln sie aus der nächsten Ernte erwerben zu müssen glauben. Es soll dann in einer Anfang Mai stattfindenden Sitzung des Reichsausschusses, der sich aus Abgeordneten der deutschnationalen bis zur mehrheitssozialistischen Partei zusammensetzt und die Frage, ob die Ernährung des deutschen Volkes durch freie Vermarktung gesichert werden kann, prüfen will, die Form der Vereinbarungen zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen erörtert werden.

## Landtag.

### „Der Staatspräsident und Seiner“

131. Sitzung am 3. Mai.

Gründer Leiner eröffnet 3.20 Uhr die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Abgeordneten Hue, dessen Haus lebend angefügt wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Kah (Kam.) eine große Anfrage wegen des gerichtlichen Einflusses des Berliner Schutzpolizeikommandos auf den Reichstag vor dem Rathaus auf die Tagesordnung zu legen. Die Anfrage verlangt Befreiung der Polizeioffiziere, Entlassung des Polizeipräsidenten Richter und Unterordnung der Opfer. Als Abgeordneter kam den Innenminister als den eigentlichen Sachwalter bezeichnend, weil er Minister für die Angelegenheiten des Reiches ist und die Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Ordnung gerufen, als er fordert, daß der „Bluminger“ und „Staatspräsident und Seiner“, den die Sozialdemokraten vor sich abstimmen mögen, zur Rede gestellt werden. Nach einer Mitteilung des Präsidenten Leiner wird der Minister diese Anfrage morgen beantworten.

Der Bericht des Reichsausschusses über die Beratung des Bauhautes der Schutzpolizei vor der heutigen Tagesordnung abzulegen, läßt auf die schärfsten Proteste der Unabhängigen und Kommunisten, wird aber schließlich angenommen. Als der kommunalistische Antrag auf sofortige Beratung der kommunalistischen Anfrage aus dem Widerspruch mehrerer Abgeordneter abgewiesen, rufen die Kommunisten die sofortige Beratung der Angelegenheiten an. Das Haus erledigt jedoch eine Reihe von Rechnungsangelegenheiten und feierlich Entwürfen und Petitionen.

Der Sekretariat zur Bekämpfung kirchengefährlicher Broschüren der evangelischen Landeskirchen zur völligen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrerschaft, wird in 1. und 2. Lesung angenommen. Drei andere Entwürfe, die sich mit der Bekämpfung der Kirchen verhalten, werden an einen Ausschuss.

Morgen Mittag 12 Uhr, Interpellation der Kommunisten über die Demonstration vor dem Berliner Rathaus. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Schluß des deutschen Rhein!

In der Vorstandssitzung der Ortsgruppe Elten der Deutschen Demokratischen Partei am 27. April wurde die nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Bestrebungen, das linke Rheingebiet unter dem Schutze Frankreichs zu „neutralisieren“, kommen nicht zur Ruhe. In der letzten Zeit treten sie wieder besonders stark hervor. Wir wissen, daß unsere deutschen Brüder im besetzten Gebiet sich diesen Bestrebungen gegenüber widersetzen. Wir wissen, daß die deutsche Reichsregierung die Bekämpfung der Bestrebungen der Reichseinheit würde für uns alle höhere wirtschaftliche, kulturelle und politische Schäden nach sich ziehen. Wir bitten daher den Parteivorstand unserer Deutschen Demokratischen Partei, werde diesen sogenannten „Neutralisierungsbestrebungen“ in den Rheinländern keine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Wälder Frankreichs, die auf den Ruin Deutschlands hinstreben, sich niemals erfüllen.“

## Universität Straßburg.

Am 1. Mai waren fünfzig Jahre seit dem Tage des Hofes, an dem die neugegründete deutsche Universität Straßburg eröffnet wurde. Damit sollte die alte deutsche Hochschule, die dreihundert Jahre früher auf Grund eines Privilegs Maximilians II. als Akademie errichtet worden war und aus der sich später die Universität entwickelte, wieder die Aufgabe übernehmen, in dem zum Deutschen Reich zurückgeführten alten deutschen Lande eine Hochschule deutschen Geistes und deutscher Wissenschaft zu werden, um die Hochschulen auch kulturell wieder mit dem alten deutschen Heimatlande zu vereinigen. Diese stehen wir trauernd an den Trümmern der Weltzeit von 1870; auch die deutsche Universität Straßburg ist nicht mehr. Als französische Hochschule führt sie ein trauriges Dasein und geht ihrem Untergang entgegen. Die Stätte, an der berühmte deutsche Gelehrte 40 Jahre lang wirkten, ist zu einer französischen Provinz-Universität bezwungen worden, die gegenüber der alle anderen Universitäten in Frankreich erdrückenden Pariser Universität nicht aufzuwachen vermag. „La culture de la grande nation“ hat „gelebt“, die hochscholischen Studenten aber haben sich nach einer Universität, wie es die deutsche Universität Straßburg einst war.

Was diesem Anlaß wird, das wissenschaftliche Institut der Elisabethiner in Belgien Samstag vormittags 11 Uhr in der Aula der Universität Straßburg feierlich begreifen. Nach einer Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden Geheimrat Prof. Ehrhard wird Geh. Konzipient Prof. Dr. Fiedler die Rede über „Die Tätigkeit der Universität Straßburg 1872 bis 1918“ halten. Alle früheren Angehörigen und alle Freunde der Universität Straßburg sind zur Feier eingeladen. Am Abend halten die früheren Straßburger Korporationen der Universität Straßburg und die früheren Angehörigen der Universität Straßburg eine akademische Gedenkstunde in der feierlichen Form eines ernsten Kommerzes im Palmenraum ab. Die Rede hat hier Prof. Max Ernst Meyer übernommen. Alle Angehörigen der früheren Universität Straßburg werden zur Teilnahme eingeladen. Die Gedenkstunde wird am Abend um 8 Uhr im Saal des Reichsgerichtes bei Taub. Die diesjährige Feierzeit wird am 1. Juli unter der Leitung von Oberst Reichhold (Berlin) und unter künstlerischer Mitwirkung

von Dr. Ernst Wacker mit Cezis „Turandot“ in Schillers Bearbeitung eröffnet. Ferner sind angelegt als Abendvorstellungen „Sommerabendstraum“ von Shakespeare mit Wack. „Die Räuber“ von Schiller, „Medea“ von Grillparzer und auf der königlichen Wälbürgstätte in der Nacht der 2. Teil von Goethes „Faust“.

## Neue Kunst in Frankreich.

Paul Wertheim hatte im Auditorium maximum zu diesem Thema am Dienstag abend eingeladen. — „In Deutschland ist man zur Wichtigkeit zurückgekehrt, — lustig die Dinge ihrer Entstehung nach zu erfassen und auch materialistisch darzustellen. Es hat sich daraus eine Kunst entwickelt, die ersten jeglicher Wirklichkeit steht und schließlich mit Expressionismus bezeichnet wird. In Frankreich liegen die Dinge anders. Formalistisch geht man dort an einer möglichst objektiven Schwere sei und kam zu einer äußeren Formausgestaltung dem (integralen) Kubismus. Die Beziehungen zwischen den Künstlern von Berlin und an der Seine sind die besten — und — man könnte daraus nur hoffen.“

So weit Herr Paul Wertheim, der sich nebenbei als Herausgeber eines Kunstheftes vorstellte. Nachdem man schon die deutschen Bühnen (wollte sagen: Berliner Bühnen) mit französischen Literaturerzeugnissen überflutet hat, muß man sich überlegen, ob und wie man sich mit den französischen Kubismus beschäftigen. Lassen wir Cezis, Matisse, Braque u. a. ruhig sein, wo sie sind. Lieber Konzeption der Formen und Farbgebung ist in einem farblich erleuchteten Raum „Max Klinger als Poet“ viel mehr zu sehen und zu verstehen als bei den „primitiven Exoten“. Was geht uns der französische Esprit an? — wir haben doch Genies genug! — Es gab eine ganze Anzahl von Zuhörern, die sich beizugehen aus dem Saale nahen.

R. W.

Der Kongress der Internationalen Vereinigung für Astronomie, Geologie und Geographie wurde am Mittwoch auf dem Kapitäl in Rom eröffnet. Zu der Gründungsgemeinschaft waren anwesend der König und Königin von Spanien, der italienische Ministerpräsident, der Kardinal Waffel und fast alle Beisitzer der großen Sternwarten der Welt.

## Kantgesellschaft Halle.

Die Hallenser Ortsgruppe der Kantgesellschaft, die vor etwa mehr als Jahresfrist gegründet wurde, und durch eine starke Mitgliederzahl und zahlreiche gut besuchte Vorträge und Vorträge aus dem philosophischen Leben Halle anregend gewirkt hat, steht im nächsten Sommersemester vor einer schönen und bedeutungsvollen Aufgabe: sie hat an der Vorbereitung der Generalversammlung der Kantgesellschaft mitzuarbeiten, die in diesem Jahre unter der Halle stattfinden und zusammen mit der von Geh. Prof. H. Haeflinger beauftragten Verammlung der Freunde der Philosophie des 18. bis 19. Jahrhunderts zu einer allgemeinen Philosophen-Konferenz ausfallen wird. Es werden bei dieser Gelegenheit gefeierte Persönlichkeiten in unserer Stadt zu Worte kommen: der bekannte Kulturphilosoph Ernst Troeltsch wird in der Aula der Universität am 8. Juni, Donnerstag nach Pfingsten, über ein geschichtsphilosophisches Thema sprechen und besonders anregend wird es sein, daß der Hallenser Philosoph Herr Weiermair Prof. Dr. Th. Ziehen an demselben Tage ebenfalls über das Wesen der Geschichtsphilosophie sprechen wird. Ferner wird Graf Hermann von Rejetsling aber der „Weg des wahren Fortschritts“ predigen, wobei Prof. Dr. Emil Ullrich (Hofsch.) das „Problem einer allgemeinen Kunstwissenschaft“ behandeln wird. Bei der vorgenannten Aus-Dr.-Konferenz werden u. a. Prof. Dr. H. W. Hoff-Salle (Hofsch.), Prof. Dr. L. Grote-Salle (Hofsch.), Dr. Edmund Schmidt-Leipzig zu Worte kommen.

Da demnach die philosophischen Darstellungen und alles philosophische Leben in diesem Semester schon ziemlich reichlich vertreten ist, die Hallenser Ortsgruppe von sich aus in diesem Sommer nur zwei Vorträge. Es wird am 12. Mai Herr Prof. Dr. H. Haeflinger über „Wesen und Bedeutung der biologischen Methode“ predigen und Herr Prof. Dr. H. Haeflinger über die „Philosophie der Regionen“ (am 24. Juni). Die Vortragsabende, die die Ortsgruppe im engeren Kreise unter der Leitung von Herrn Privatdozent Dr. Widmann zu veranstalten pflegt, werden erst im Herbst wieder aufgenommen. Für die philosophisch interessierten Kreise Halle ist es besonders wichtig, daß die Vorträge der Kantgesellschaft nicht öftentlich sind, dagegen die Mitglieder der Ortsgruppe alle Mitglieder der Kantgesellschaft benötigt.